

Stadtspiegel

Mittwoch, 16. Februar 2005

Sozialberatung nach „Hartz IV“ stark beansprucht

Arbeitslosenzentrum auf der Streichliste?

M'gladbach. Jürgen Bahr berät Arbeitslose. Der Sozialberater hat bereits seit Beginn des Jahres über 200 Beratungen durchgeführt. „Die Leute sind verzweifelt“, sagt der Mitarbeiter des Arbeitslosenzentrums (ALZ).

Im nächsten Jahr könnte aber auch der Sozialberater plötzlich ohne Job dastehen, denn auf einer Änderungsliste, die dem städtischen Haushaltsentwurf 2005 beigefügt worden ist, wird der Vorschlag gemacht, den Etat für die Sozialberatung zu streichen. Die Stadt hofft, dass die für den Sommer geplante Gründung der Arbeitsverwaltung (ARGE), die den „Hartz IV“-Komplex verwalten soll, auch die Finanzierung des ALZ übernehmen soll. „Nur durch Zufall haben wir davon erfah-

ren. Mit uns hat keiner gesprochen“, zeigt sich ALZ-Leiter Karl Sasserath geschockt. Denn gerade jetzt sei die Sozialberatung wichtiger denn je. Denn seit Anfang des Jahres schlägt das „Arbeitslosengeld II“ voll durch. Und kaum einer der Arbeitslosen blickt bei den komplizierten Berechnungen durch. „Es wird bei den Formularen nicht ersichtlich, was die Agentur angerechnet hat und wie der auszuzahlende Betrag zustande gekommen ist“, sagt Bahr, der aufgrund seiner fachlichen Qualifikation als Experte auf dem Gebiet gilt und bereits drei Auftritte im Fernsehen hatte. Außerdem seien viele Berechnungen schlichtweg falsch. „Ich schätze, das rund 80 bis 90 Prozent der Fälle nicht korrekt sind“, fügt der Sozialberater hinzu.

Die Arbeit belastet: In den letzten 20 Jahren hätte er noch nie so viele heulende Menschen beraten müssen wie in den letzten drei Wochen. Viele seien verzweifelt. Es gäbe Fälle, so Bahr, wo die Leistungsempfänger bis zu 1000 Euro weniger bekommen würden. Und: Viele bekommen überhaupt nichts mehr, weil der Partner über ein Einkommen verfügt. Die Sozialberatung im ALZ versucht, zusammen mit den Betroffenen Wege aus der Krise zu finden, Alternativen aufzuzeigen und die Arbeitssuchenden in der schwierigen Zeit zu unterstützen. „Der Erhalt ist ohne Förderung seitens der Stadt unmöglich“, betont Sasserath. Das Ende der Sozialberatung wäre für die Stadt schlichtweg eine Katastrophe. mo